

Nächste
Berliner Rundschau
am 25. Februar 2006



Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge von Friedbert Pflüger

Im Dialog: Friedbert Früger, CDU-Generalsekretär Frank Henkel und Bischof Wolfgang Huber

Der rot-rote Senat hat entschieden, ein bekenntnisfreies Wertefach „Ethik“ mit zwei Wochenstunden verpflichtend für alle Schüler der Klassen 7 bis 10 einzuführen – und damit den Religionsunterricht de facto abzuschaffen!

Das ist in Deutschland einmalig. Ich teile die deutliche Kritik der Kirchen an den Plänen des Senats. Evangelische und katholische Kirche streiten – gerade auch mit Hinweis auf die multikulturelle Berliner Situation – mit Vehemenz und gutem Recht für eine Wahlmöglichkeit zwischen Ethik und Religionsunterricht. Die im Grundgesetz normierte Religionsfreiheit garantiert nicht nur die Freiheit von Religion, sondern auch die Freiheit zur Religion. Berlin ist religiös und weltanschaulich unterschiedlich. Deshalb darf man nicht ein Einheitsfach vorschreiben. Es darf keinen Vorrang für eine Ethik ohne Religion gegenüber einer Ethik aus Religion geben. Ich habe nichts gegen Ethik-Unter-

richt. Aber Ethik-Unterricht anstelle des konfessionellen Religionsunterrichts reicht nicht. Schon in der Präambel unseres Grundgesetzes ist ein eindeutiger Gottesbezug und damit eine Hinwendung zu den christlich-abendländischen Werten unserer Kultur und Geschichte formuliert. Das muss sich in den bildungspolitischen Zielen und Inhalten wiederfinden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Orientierungslosigkeit in unserer Gesellschaft und des allgemein zu konstatierenden Wertelativismus ist der Religionsunterricht an unseren Schulen gerade heute von besonderer Bedeutung. Täglich werden wir mit den Facetten der Globalisierung konfrontiert. In dieser schnelllebig gewordenen Welt wächst die Sehnsucht nach Halt, nach Konstanten und nach allem, was über den Menschen hinausweist. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Zu spüren ist daher fast überall in der Welt eine Rückbesinnung auf die Religion. Der Staat hat nicht das

Recht, die Religion zurückzudrängen, sofern ihre Ausübung auf der Grundlage des Rechts und ohne Intoleranz gegenüber anderen Geisteshaltungen erfolgt. Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt mit einer langen Tradition der freien Religionsausübung. Toleranz aber ist nicht Beliebigkeit. Toleranz setzt einen eigenen Standpunkt voraus. Deshalb müssen sich Eltern und Schüler alternativ zum Ethikunterricht ganz bewusst auch für ein gleichberechtigtes „Wahlpflichtfach“ Religion, sei es christlich, islamisch oder jüdisch, entscheiden können. Die verpflichtende Teilnahme am Ethik-Unterricht aber hebt genau diese Wahlmöglichkeit aus. Der individuell gewünschte Religionsunterricht wird so aus ideologischen Gründen verdrängt. Der Rahmenplanentwurf für den Ethik-Unterricht liest sich wie eine unverbindliche Ideensammlung. Als Leitfaden für den Unterricht taugt er kaum. Es steht zu befürchten, dass ein alleiniges Wertefach

lediglich ein Sammelsurium von Weltanschauungen vermittelt, jedoch kein fundiertes Wissen über die Religionen. Gerade die Kirchen aber müssen einen festen Platz in unserem Schulsystem erhalten. Sie können den Berliner Schülerinnen und Schülern Werte wie Selbstständigkeit, Verantwortungsbeurteilung, Kultur- und Weltoffenheit sowie Mitmenschlichkeit und eben Toleranz vermitteln. Durch die Pläne des Senats ist zudem die Chance vertan, dem Islamunterricht, der nicht selten problematische Tendenzen bis hin zu den unsäglichen Hasspredigten zeigt, durch einen staatlich verantworteten Islamkundeunterricht in deutscher Sprache entgegenzutreten. Auch die Berliner Schüler und Eltern müssen sich, ganz so übrigens wie in den meisten anderen Bundesländern, zwischen Religion und Ethik-Unterricht entscheiden dürfen.
erschienen in: Der Tagesspiegel, 06.02.2006

INFO-
COUPON

Berlin kann's besser - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname _____
Straße _____
PLZ / Ort _____
Telefon / Telefax _____
eMail _____

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin
Wallstraße 14A
10179 Berlin
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0
Fax: 0 30. 32 69 04 -44
eMail: cduberlin@cduberlin.de

